Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 3. März, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Posadowsky, Freiherr von Hammerstein, Dr. v. Bötticher u. a.

Das Haus ist bei Beginn der Sitzung sehr schwach besetzt.

Die zweite Berathung der Novelle zum Zuckersteuergesetz wird fortgesetzt.

Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein: Ich erkenne an, daß mit Ausnahme einer scharfen Bemerkung die Debatte einen durchaus objektiven Verlauf genommen hat, und ich werde mich bemühen, mich in denselben Grenzen zu halten. Der Minister schildert zunächst den bisherigen Gang der Zuckersteuergesetzgebung. Diese Gesetzgebung hat die deutsche Zuckerindustrie zu dem gemacht, was sie jetzt ist: zu einer Industrie ersten Ranges. Europa produzirt 4,725,000 Tonnen Rohzucker, davon Frankreich 800,000, Rußland 600,000, Belgien 360,000, andere Länder 125,000, Holland 25,000, Oesterreich-Ungarn 1,050,000, dagegen Deutschland 1,825,000 Tonnen. Und von diesen 1,825,000 Tonnen sind nur zwei Fünftel für den inländischen Konsum bestimmt, drei Fünftel dagegen für den auswärtigen Konsum. Während in anderen Ländern die Rübenzuckerindustrie eine kapitalkräftige ist, ist sie das dank unserer Gesetzgebung in Deutschland nicht. Zwar sind auch bei uns die Zuckerfabriken wesentlich Aktien-Gesellschaften; aber die Aktien befinden sich überwiegend in den Händen der rübenbauenden Bevölkerung; die Zuckerindustrie ist also aufs engste mit dem Rübenbau verbunden. Außer Acht darf man auch nicht lassen, daß Frankreich zum System der Materialsteuer, mit dem wir angefangen haben, übergegangen ist, weil es glaubt, durch dieses System ebenfalls groß zu werden. Diese Gesichtspunkte wird man bei dem weiteren Vorgehen auf dem Gebiete der Zuckersteuer nicht außer Acht lassen dürfen. Aus der Annahme des Gesetzes von 1895 — der Aufrechterhaltung der Prämien — geht für mich unzweifelhaft hervor, daß der Reichstag sich mit den Regierungen darüber einig war, daß im Interesse unserer landwirthschaftlichen Bevölkerung und unseres Rübenbaues ein Gesetz wie das vorliegende gemacht werden mußte, daß es sich also nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie handelte. Von 1897 an hören unsere Prämien auf und unsere Industrie würde der Konkurrenz des Auslandes überliefert sein. Grundsätzlich stehe ich durchaus auf dem Standpunkte des Abg. Richter. Es wäre sehr schön, könnten wir unseren gesammten Zucker im Inlande absetzen. In der Theorie ist das vollkommen richtig, aber jeder Staatsmann und auch der Reichstag muß mit den gegebenen realen Verhältnissen rechnen, um uns den Weltmarkt zu erhalten. Denn das steht fest: die Rübenzucker-Industrie und der Rübenbau sind das Rückgrat unserer landwirthschaftlichen Entwicklung geworden. Darum läßt sich kein Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland konstruiren, wie das Abg. Richter gestern thun wollte. Aber selbst wenn ein solcher bestünde, so hat Norddeutschland Süddeutschland in der Brannt weinsteuer vielleicht zu weitgehende Konzessionen gemacht, so daß es eine Ehrenpflicht Süddeutschlands ist, mit diesen Verhältnissen zu rechnen. Ich unterschreibe vollkommen, daß Deutschland ein einheitliches Wirthschaftsgebiet ist. Wenn aber ein Glied leidet, so leiden alle mit, und wenn das Rückgrat, der Lebensnerv des ganzen Körpers leidet, so werden die Folgen am meisten sichtbar werden. Interessenvertretungen mögen ja immer einen gewissen einseitigen Standpunkt einnehmen, aber wenn solche sachverständige Vertretungen einmüthig sind, so wird man ihren Wünschen doch nicht alle Berechtigung absprechen dürfen, wie dies der Abg. Richter hier will. Nach meiner Rechnung sind etwa 1 Million Morgen gleich 250,000 ha mit Rüben bebaut. Nun rechnete Abg. Richter nicht mit dem Umstande, daß nicht jedes Jahr auf jedem Areal Rüben gebaut werden können, sondern ein bestimmter Turnus besteht. (Abg. Richter: Das habe ich ja gesagt.) Ich nehme an, ein fünfjähriger Turnus. Es sind also 5 Millionen Morgen am Rübenbau direkt interessirt. Wir haben weiter in Deutschland 405 Zuckerfabriken zu 600,000 bis 1½ Millionen Mark Anlagekapital, im Durchschnitt kosten die 405 Fabriken also 405 Millionen. Machen Sie sich nun einmal klar, wenn die deutsche Rübenindustrie aufhört eine landwirthschaftliche zu sein, wenn sie eine kapitalistische wird, wenn namentlich die kleineren Fabriken zu Grunde gehen, welcher Verlust für die landwirthschaftliche Industrie da voraussichtlich zu erwarten steht. Allerdings wird diese Vorlage das Pfund Zucker um 4½—5 Pf. vertheuern, das sind etwa 10 Prozent. Aber es komme doch dabei nur der indirekte Nutzen, den die Rübenzuckerindustrie für die Landwirthschaft hat, in Betracht; sie liefert für die Fleischerzeugung zahlreiche Futtermittel und sei insofern auch für Länder, die wie Bayern nicht direkt an der Zuckerrüben-Industrie betheiligt sind, von hohem Vortheil. Nicht blos die Landwirthschaft ist an der Zuckerindustrie äußerst betheiligt, auch die Industrie, die Maschinenfabriken, die Düngeindustrie würden schwer geschädigt werden, wenn die Rübenindustrie verkracht. Ebenso steht es mit allen Gewerben fast ohne Ausnahme. Die Rentabilität unserer Eisenbahnen steht und fällt mit der intensiven Landwirthschaft. Die Arbeiterfrage ist in geradezu exorbitanter Weise mit der Rübenindustrie verknüpft, ebenso die Finanzen des Staates mit hohem Dominialbesitz, der wie in Preußen stark mit Rüben bebaut ist und aus diesen Domänen die doppelte Einnahme zieht, wie aus denen, die nicht mit Rüben bestellt sind. Wie bereits gesagt, sind ⅗ unserer gesammten Zuckerproduktion für den auswärtigen Markt bestimmt, der sie auch aufgenommen hat. Nordamerika hat 1895/96 21 Mill. M. für Zuckerprämien bewilligt, davon 20 Mill. für Rübenzucker. Das muß doch eine weittragende Bedeutung für die dortige Zuckerindustrie haben; hinzu kommt noch die differentielle Behandlung des deutschen Zuckers durch Nordamerika, um unsere Ausfuhr zu erschweren. Gestern ist mir aber noch ein Bericht zugegangen, wonach ein Senator aus Kalifornien einen Antrag eingebracht hat, den Zoll auf Rohzucker ebenfalls um 15 Proz. zu erhöhen. Rußland beabsichtigt auf dem Gebiete des Eisenbahntarifwesens Begünstigungen eintreten zu lassen, und so bemühen sich alle Länder rund um uns, uns den Markt streitig zu machen. Und da sollen wir nach Ansicht des Abg. Richter die gut geladene Flinte aus der Hand geben, und das zu einer Zeit, wo unsere Landwirthschaft sich in einer so kritischen Lage befindet. Nein, wer es gut mit dieser meint, kann jetzt zu einem theoretisch vielleicht richtigen, in der Praxis aber gefährlichen Schritt nicht rathen! Der Finanzminister würde allein 3½ Mill. aus dem Etat verlieren, denn es verlieren doch die Privatwirthschaften kolossale Summen und es käme zu einem akuten Krach. Das zu verhüten, wo der Staat dazu in der Lage ist, ist doch unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Mit dem Antrag Kanitz, wie der Abg. Richter meinte, hat dieser Entwurf nicht die mindeste Aehnlichkeit. Etwas Abnormes ist doch auch das, was der Entwurf will, absolut nicht. Denn die Preisbildung wird dem Gesetze von Angebot und der Nachfrage keineswegs entzogen. Ich brauche mich also mit diesem Einwurfe wohl kaum noch zu beschäftigen. Nach alledem, was ich ausgeführt habe, glaube ich nicht, daß, wer ein warmes Herz für die Landwirthschaft besitzt, der Regierung die Mittel nicht verlagen wird, um die Rübenzuckerindustrie, dieses Rückgrat der Landwirthschaft, vor dem Ruin zu schützen. Ich hoffe daher, daß aus der Kommissionsberathung ein Gesetz hervorgehen wird, das der gesammten Landwirthschaft zum Segen gereichen wird, allerdings nicht ein dauerndes Gesetz, sondern ein Kampfgesetz, denn darum handelt es sich. (Beifall.)

Abg. v. Puttkamer-Plauth (kons.): Den Vorschlag, einer Kommission von 21 Mitgliedern diese Vorlage zu überweisen, können wir bei. Man hat uns immer gesagt, wir sollten mit Mitteln kommen, die ausführbar sind. Nun liegt ein solches zum Nutzen der Landwirthschaft vor, wir hätten aber auch erwarten können, daß die Vorlage überall eine objektive Beurtheilung gefunden hätte. Das ist aber seitens des Abg. Richter nicht geschehen. Er nennt die Vorlage die übergefährlichste; merkwürdig, daß immer diejenige Vorlage für ihn die gefährlichste ist, die gerade auf der Tagesordnung steht. (Heiterkeit.) Der Abg. Richter hat diese Vorlage mit dem Antrag Kanitz in Vergleich gestellt. Dem Landwirthschaftsminister bemerke ich da, daß es sich bei diesem Antrag nicht um Feststellung eines Mindest-, sondern um Durchschnittspreise handelte (Sehr richtig! rechts). Die entstellende Vergleichung des Abg. Richter trifft nicht im entferntesten zu. Beim Antrag Kanitz handelte es sich um Ablehnung des Imports, hier um Hebung des Exports; dort sprach man von sozialistischen Tendenzen, hier wird man das nicht sagen können. Abgeordneter Richter meint ferner, es handele sich hier vorzugsweise um das Interesse von adligen, dem Hofe nahestehenden Leuten und von Ministern. Solche Insinuationen haben wir bisher nicht einmal von den Sozialdemokraten erlebt; dem Abg. Richter war es vorbehalten, diesen Ton hier einzuführen. (Abg. Richter: Wenn Sie nur einen so anständigen Ton hätten! — Heiterkeit.) Derselbe hat es also so dargestellt, daß eben hier nur wohlhabende Leute in Frage kämen, die einer Staatshilfe nicht bedürften. Nun, wir sind z. B. 3 Fabriken bekannt, an denen 1200 Rübenbauern betheiligt sind. Das können doch sicherlich keine Minister oder Leute sein, die dem Hofe nahe stehen. Es handelt sich vielmehr vorzugsweise um Bauern, deren Interesse wir stets wahrnehmen. (Lachen links). Ueberhaupt mag es Landwirthe geben, die diese Vorlage nicht billigen; doch soll man mir Landwirthe nennen, die im allgemeinen mit einer Erhöhung der Ausfuhrprämie nicht einverstanden sind, wie der Abg. Richter es meint. Darum kann ich die Erklärung auch nur mit Freude begrüßen, daß auch die Opposition im Bundesrath keine prinzipielle war. Der Abg. Richter hat ferner vergessen, daß man bezüglich des mit Rüben zu bebauenden Areals nicht immer dasselbe Terrain benutzen kann (Abg. Richter: Habe ich ja gesagt!), daß man vielmehr in einem bestimmten Turnus anbauen muß. (Abg. Richter: Sperren Sie doch die Ohren auf, das habe ich ja gesagt! — Unruhe rechts. — Präsident v. Buol bittet um Ruhe). Da hat der Abgeordnete Richter vielleicht diese Stelle seiner Rede besonders leise gesprochen, um seine Unkenntniß in landwirthschaftlichen Dingen zu verbergen. (Zurufe und Unruhe links.) Denn wenn der Abg. Richter auch in der hohen Politik sehr beschlagen sein mag, so habe ich doch vor seinen landwirthschaftlichen Kenntnissen keine Hochachtung. (Lachen links.) Vielleicht stellt er sich in seinem litterarischen Bureau einen tüchtigen Landwirth an, von dem er so viel lernen könnte, um sich in landwirthschaftlichen Fragen ein etwas objektiveres Urtheil anzueignen, als er es hier bewiesen hat. (Lachen links.) Die Haltung des Centrums bedauern wir, da sie unsere Zuversicht auf das Zustandekommen des Gesetzes erschüttert hat, namentlich soweit es die Ausführungen des Abg. Spahn über die Verbrauchsabgabe betraf. Der Linken will ich noch zurufen, daß es sich hier um die Unterstützung einer vaterländischen Industrie gegenüber dem Auslande handelt. Da müßten doch alle Parteiunterschiede aufhören. (Lachen und Zurufe links. Beifall rechts.) Leider scheint diese Ueberzeugung dort noch nicht durchgedrungen zu sein. Was die Stellung zu der Vorlage selbst anlangt, so will ich mit meinen Ausführungen meine ganze Partei nicht festlegen. Die Erhöhung der Prämien acceptiren wir, wenn wir auch nicht mit Ihrer Begründung auf 4 M. einverstanden sind. Wir nehmen die Prämien überhaupt nur ungern (Gelächter links), wir nehmen sie, weil wir sie nehmen müssen (großes Gelächter links), um die Zuckerindustrie zu retten. Daneben sprechen wir uns für die Kontingentirung aus; denn Prämien ohne Kontingentirung sind ein Unding; die letztere ist ein nothwendiges Korrelat der ersteren.

Was das Kontingent betrifft, so besteht bei den Interessenten darüber keine Meinungsverschiedenheit, daß es von der Vorlage zu niedrig gegriffen ist, mindestens muß das Kontingent den jetzigen Betrag des Rübenbaues erlangen. Die Konsumabgabe schreckt uns in keiner Weise. Sie würde die Zuckerpreise nur in minimaler Weise im Detailverkauf erhöhen. Deutschland hat jahrelang solche Zuckerpreise gehabt ohne Nachtheil für den Konsum, der stetig gestiegen ist. Diese Zunahme des Konsums ist ein erfreuliches Zeichen für die Hebung des Wohlstandes. Die ganze Maßregel darf überhaupt nicht isolirt betrachtet werden, sondern als Glied in der Kette der Maßnahmen zum Schutze der nationalen Arbeit. Die Betriebssteuer, d. h. der Gedanke, daß die Industrie die Mittel für die Prämien selbst aufbringen soll, ist nun an sich sympathisch, doch stehen ihrer Staffelung besonders vom Standpunkte der ostelbischen Landwirthschaft erhebliche Bedenken entgegen. Allerdings bietet der Großbetrieb gegenüber dem kleinen gewisse Vortheile. Indessen einmal ist der Osten kapitalärmer, und ferner arbeiten wir mit schlechterem Rübenmaterial, wodurch für uns der Vortheil, der sonst mit dem Großbetrieb verbunden ist, ausgeglichen wird. Das also glaube ich namens meiner sämmtlichen Freunde aussprechen zu können, daß wir uns auf eine Staffelung der Betriebssteuer nicht einlassen können.

Bezüglich der Aufbringung der Prämien wollen wir natürlich keine Schädigung der Reichskasse; das zu verlangen, sind wir Konservativen gewiß die letzten, wo es sich ja unmöglich zeigt, dem Reiche neue Einnahmen zuzuführen. Bei einer Kontingentirung auf 17 Millionen Doppelcentner wäre bei 43½ Millionen Ausfuhrprämien aus der Verbrauchs- und Betriebsabgabe noch ein Ueberschuß von 83 Millionen zu erwarten. In der Kontingentirung liegt, das möchte ich noch besonders bemerken, ein Verbot der Ausdehnung der Zuckerindustrie keineswegs. Die Lage der Zuckerindustrie in der gegenwärtigen Situation ist dieselbe, wie sie bezüglich des Getreidebaues vor dem österreichischen Handelsvertrage war. Sie (nach links) werden es wohl noch bitter bereuen, wenn Sie daher das vorliegende Gesetz nicht bewilligen. Wüßten wir, daß die Hebung der Zuckerpreise eine dauernde ist, so würden wir gern auf alles verzichten. Ich bitte Sie, das Gesetz zu bewilligen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Abg. Richter hat gestern die Zuckerindustrie vor dem Danaergeschenk dieser Vorlage gewarnt. Ja, ich frage den Abg. Richter, was hat er denn bisher der deutschen Landwirthschaft geschenkt und bewilligt? (Große Heiterkeit.) Er war Gegner der Schutzzölle, Gegner des Branntweinsteuergesetzes, Gegner des Zuckersteuernothgesetzes, Gegner der letzten Branntweinsteuernovelle. Für das letztere hat noch kürzlich eine Vertretung von Brennern der Regierung den wärmsten Dank ausgesprochen, dasselbe habe die Branntweinindustrie vor völligem Niedergange bewahrt. (Lachen links. Ruf: Liebesgaben!) Wenn die deutsche Landwirthschaft den Rathschlägen des Abg. Richter gefolgt wäre... (Abg. Richter: Dann wäre sie viel besser dran! — Stürmische Heiterkeit)... Dann wäre sie bereits Hungers gestorben (Lebhafter Beifall rechts — Lachen links). Die Richter'sche Politik hätte die deutsche Landwirthschaft in dieselbe Lage gebracht, in der sich heute die englische Landwirthschaft befindet. Ich hoffe, in diesem Hause wird sich keine Mehrheit finden, die den verkehrten wirthschaftlichen Anschauungen des Abg. Richter folgt. Der Abg. Richter hat gemeint, die übrige Landwirthschaft habe ja an dem Rübenbau kein Interesse. Das ist unrichtig ist, hat schon der Landwirthschaftsminister nachgewiesen. Wenn es richtig wäre, daß das Gesetz dem Antrag Kanitz gleiche, so stände Frankreich schon bis über die Ohren im Antrag Kanitz. Das, was der Abg. Richter gegen dies Gesetz geltend macht, kann man eben gegen jedes wirthschaftliche Gesetz geltend machen. Herr Richter hat auch die Nachtheile der Kontingentirung für die Landwirthschaft geschildert. Erhöhen wir aber das Kontingent, dann müßten wir auch die Prämien herabsetzen. Denn daß wir die Konsumabgabe noch über die Vorlage hinaus erhöhen könnten, auf den Gedanken ist noch kein Redner gekommen. Der Abgeordnete Richter hat es so dargestellt, als ob die Zuckeraktionäre alles reiche Leute seien, thatsächlich sind es nur wenige Personen. Ich kann ihm dagegen erwidern, daß es 17 Fabriken giebt mit je 2374 Aktionären, 31 mit je 2675, 23 mit je 3519, 24 andere Fabriken mit je 3165 Aktionären. Ja, glauben Sie wirklich, daß das alles reiche Leute sind? So viele reiche Leute giebt es ja gar nicht! (Große Heiterkeit — der Schatzsekretär deutet dabei auf den neben ihm stehenden Finanzminister Miquel). Bemängelt hat der Abg. Richter ferner meine Behauptung, daß die Spekulation bei dem jetzigen Steigen der Preise die Hand mit im Spiele hat. Er meinte: ist denn die Spekulation etwas Unsittliches? Das habe ich nicht behauptet, ich habe gemeint, daß die jetzigen hohen Zuckerpreise auf Manipulationen der Spekulanten beruhen, die gemacht sind, um das Gelingen des Gesetzes zu verhindern (Stürmisches Gelächter links — Zustimmung rechts), und daß künstlich zu diesem Zwecke auch die kubanischen Verhältnisse übertrieben wurden. Wenn weiter der Abg. Richter meinte, es sei eine Legende, daß die Regierung die Prämien überhaupt aufheben wolle, so weise ich ihn darauf hin, daß diese Legende nicht von der Regierung stammt, woher, weiß ich nicht. Die Regierungen haben sich die Abschaffung allerdings ausdrücklich vorbehalten, aber nur dann, wenn auch die anderen Länder das thun wollten. Das ist aber bisher nicht geschehen. Der Abg. Richter hat gestern seine Rede geschlossen mit den Worten: Wer es gut meint mit unserer Zuckerindustrie, der vereinige sich mit uns zur Ablehnung dieses schädlichen Gesetzes. Ich sage: Wer es gut meint, der vereinige sich mit den Regierungen, um die unfruchtbare Wirthschaftspolitik des Abg. Richter unmöglich zu machen. (Lebhafter Beifall rechts — Lachen links.)

Abg. Bock (Soz.): Der Ursprung dieser Vorlage ist zurückzuführen auf die Jagdgründe des Amtsraths Dietze-Barby. Wir wußten ja von vorneherein, daß die Regierung die Wünsche der Zuckerinteressenten erfüllen würde. Natürlich holen auch diesmal die Nationalliberalen den Konservativen die Kastanien aus dem Feuer, sie sind ja überhaupt die der Regierung unbedingt ergebene Partei. Die Zuckerindustrie befindet sich keineswegs in einer ungünstigeren Lage als andere Gewerbe. Ebenso wie sie dies Gesetz einbringt, müßte die Regierung auch z. B. die Schuhwaarenindustrie gegen die Preisbelegung des Leders schützen. Eine solche Begünstigung einer Industrie ist unerhört. Die Zuckeraktionäre gehörten früher schon zu dem Stamme Nimm und jetzt nehmen sie aus den Taschen der Steuerzahler natürlich auch die erhöhte Prämie gern. Es ist ja überhaupt jetzt Mode geworden, die Lage der Landwirthschaft grau in grau zu malen. Der Schatzsekretär stellte es so hin, als ob die ganze Kultur der Welt aufhört, wenn die Zuckerrübe nicht mehr bestände. Dabei vergißt er nur die Interessen der Konsumenten. Sogar das Reichsgesundheitsamt nennt den Zucker ein nothwendiges Nahrungsmittel, und dabei trägt man kein Bedenken, denselben trotzdem sehr zu vertheuern. Auf Kosten der Aermsten wendet man hier den Reichsten Vortheile zu! Man schenkt ihnen die Steuern, die wir zahlen müssen. (Lebhafter Beifall links.) Die kleinen Landwirthe haben aber keinen Vortheil von alle dem, nur die Großbauern und Aktionäre ziehen den Nutzen, und wenn man diesen Herren und den Domänenpächtern durchaus helfen will, dann zahle man ihnen die 60 Millionen doch lieber baar aus. Die wirklich Nothleidenden der Zuckerindustrie das sind die in derselben beschäftigten Arbeiter, das billigste und auf der niedrigsten Stufe stehende Arbeitermaterial, welches mit 10 bis 12 M. wöchentlich abgelohnt wird! (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Diesen Leuten sollte die Regierung nur den zehnten Theil der Sympathie widmen, mit der sie den reichen Zuckerinteressenten die Taschen füllt, und sie würde sich ein großes Verdienst erwerben, jedenfalls würde sie mehr Dank von den Arbeitern finden und eine festere Stütze an ihnen haben, als es bei jenen Herren der Fall ist. (Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. Dr. Schädler (Ctr.): Wir berücksichtigen auch die Konsumenten bei dieser Frage, daher wollen wir auch nicht kurzerhand über dies Gesetz urtheilen. Wir sind bestrebt, den Zucker immer mehr zu einem Nahrungsmittel zu machen. Der Berechnung des Abg. Richter über die Vertheuerung des Zuckers stehen doch auch andere Rechnungen gegenüber. Wenn der Abg. Bock meinte, wir müßten vor allem die Zustände unter den Zuckerarbeitern bessern, so hat er an sich recht. Aber ebenso müssen uns die Millionen anderer Existenzen am Herzen liegen, die außer den Arbeitern mit der Zuckerfrage verbunden sind. Und eine Besserstellung der Zuckerindustrie im allgemeinen würde auch zu einer Verbesserung der Lage jener Arbeiter führen. Bedenken gegen die Vorlage habe ich ebenfalls, weil ich die Prämiensystem wirthschaft für eine nicht glückliche Lösung halte, mit der ein Ende gemacht werden muß. Ein berechtigter Schutz muß jedenfalls dieser Industrie gewährt werden. Der Prämiensatz von 4 M. ist mir unannehmbar; welche Höhe wir wünschen, kann ich jetzt nicht sagen. (Abg. Bock: Schade! Heiterkeit. Zuruf links: Wie hoch wollen Sie gehen, bis zu 3 M.?) Verehrtester Herr Kollege, foppen lasse ich mich nicht. (Heiterkeit.) Von mir bekommen Sie kein zum ersten, zum zweiten, zum dritten! (Heiterkeit.) Die Bezeichnung der Prämien als Kampfmittel ist ja eine sehr schöne, ich fürchte nur, daß die Waffe stumpf ist. (Sehr richtig!) Schon heißt es, daß Oesterreich seine Prämien auch erhöhen will. Ferner muß man im Hinblick auf die neuerlichen Repressalien Amerikas uns gegenüber erwägen, ob nicht dies Gesetz schon an und für sich andere Staaten zu Repressalien gegen uns veranlassen könnte. Die Vorlage kann aber weiter auch nicht ohne Einfluß bleiben auf den Süden Deutschlands. Von diesem Standpunkte habe ich auch Bedenken gegen die Kontingentirung, besonders vom Standpunkt des kleinen Rübenbauers. Die Bedenken gegen das Gesetz verdienen eingehende Erwägung und darum rede ich einer Kommissionsberathung das Wort.

Darauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Richter (freis. Vp.) es sei für ihn sehr schmeichelhaft, daß man heute so hervorragende Kräfte gegen eine Rede von ihm aufgeboten habe, von der gesagt wurde, daß sie absolut keine Sachkenntniß verriethe. Man müsse doch die Wirkung seiner Rede im Hause anders beurtheilen. Man sei so gegen ihn aufgetreten, als ob es sich darum handle, Minister zu stürzen (Heiterkeit). Dazu habe man seine Rede noch vielfach mißverstanden. Speziell habe Abg. v. Puttkamer durch einen Ton persönlicher Ueberlegenheit seinen Mangel an Sachkenntniß verdecken wollen. Das verzeihe er ihm, denn das sei eine Familieneigenthümlichkeit. (Heiterkeit.)

Abg. v. Bennigsen (nl.) bemerkt einer Aeußerung des Abg. Bock gegenüber, derselbe habe seine Rede ganz falsch verstanden, die er im Jahre 1891 bei der Berathung des früheren Zuckersteuergesetzes gehalten habe.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 3. März, 11 Uhr.

Die zweite Berathung des Kultusetats wird beim Ausgabetitel „Ministergehalt" fortgesetzt.

Abg. Wolczyk (Centr.) führt aus, das Volk in Oberschlesien wolle seine polnische Sprache behalten. Die Oberschlesier seien Preußen und wollten es bleiben und seien absolut unzugänglich für eine großpolnische Agitation. Sie seien gute loyale Unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960304028/fragment/page=0001

thanen und wollten es bleiben. Die Agitation wäre nie dorthin gedrungen, wenn ihr nicht der Druck der Germanisation die Wege geebnet hätte, und sie würde bestehen bleiben, so lange nicht die drückenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Kirche und Schule beseitigt würden.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.) polemisirt gegen die Behauptung, daß die Centrumspartei das beste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sei. In Dortmund hätte das Centrum dieser Partei zum Siege geholfen, deshalb treffe der Vorwurf der politischen Heuchelei zu. Die Art und Weise, wie Thümmel im Hause angegriffen worden sei, widerspreche dem natürlichen Anstandsgefühl. Die Rede des Abg. Brandenburg beim Justizetat sei deshalb so angreifbar, weil sie nicht juristische Deduktionen enthalten, sondern persönlichen Empfindungen und Gefühlen Ausdruck gegeben hätte. Das sei eine unzulässige Art der Kritik; der preußische Richter sei ungehörig kritisirt worden. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Der Abg. Kirsch habe eine Rede für die paritätische Schule gehalten. (Sehr gut! links.) Wahlbeeinflussungen kämen bei allen Parteien vor, aber für das Centrum wirke unausgesetzt die latente Wahlbeeinflussung durch die Geistlichkeit. (Lärm im Centrum.) Windthorst habe z. B. mit der tiefgehendsten Agitation gegen das Schulgesetz gedroht, das vor dem Zedlitz'schen Entwurf vorgelegt worden war, aber den Nationalliberalen solle die Agitation gegen ein Gesetz verwehrt sein, das zum Verderben des Vaterlandes hätte ausschlagen müssen. — Auch dem Abg. Dasbach sei eine ähnliche Mauserung zu wünschen, wie sie die „Vernunftsmonarchisten" nach dem Artikel der „K. Z." durchgemacht hätten. Er habe sich mit seiner Darstellung dieses Artikels in Bezug auf die monarchische Gesinnung der Nationalliberalen eine dreiste Unwahrheit zu schulden kommen lassen. Das Centrum sei mit seinem Ansturm auf allen Punkten zurückgeworfen worden. (Beifall links und Gelächter im Centrum.) So zusammengehauen sei noch niemand worden. (Große Heiterkeit.) Von Jahr zu Jahr werde das Material des Centrums dünner, und dasselbe werde die Partei des Redners immer auf dem Platze finden, um die Grundlage des Staates zu vertheidigen. (Beifall und Zischen im Centrum.)

Abg. **Motty** (Pole) führt aus, die Littauer würden besser behandelt als die Polen, weil sie Protestanten seien. Die Polen würden jetzt überall verleumdet und es bliebe ihnen nichts weiter übrig als der Weg zum Monarchen. Jeglicher Druck verfehle seinen Zweck und reize die Polen nur, sich gegen den Druck aufzulehnen.

Abg. Frhr. **v. Eynatten** (Ctr.): Der Minister habe diesmal eine schärfere Tonart angeschlagen, aber das errege keine Furcht. Keinem zurückgetretenen Kultusminister seien so viel Sympathien im Hause entgegengebracht worden wie dem Grafen Zedlitz. Dieser sei der charakterfeste Mann gewesen, der mit seiner Unterschrift stand und fiel. Wir hätten schon eine christliche Volksschule, aber sie sei vom jeweiligen Minister abhängig, und Minister hätten verschiedene Ansichten. Das Centrum könne in der Ordensfrage nicht die Initiative ergreifen, denn es habe in dieser Richtung schon Mißerfolge gehabt. Weshalb lege man einen so einfachen Gesetzentwurf, wie den über die konfessionellen Friedhöfe, erst den Oberpräsidenten vor. Es werde wohl leider nichts daraus werden. Redner habe das Gefühl, daß das Centrum keineswegs auf allen Punkten geschlagen worden sei.

Abg. **Brandenburg** (Ctr.) wendet sich gegen die Angriffe, die gegen seine Rede zum Justizetat von verschiedenen Rednern gemacht worden seien. Thümmel sei für einen großen Mann erklärt, aber doch habe dieser selbst den Abg. Friedberg angegriffen. (Redner verliest einen Artikel aus der „Westdeutschen Zeitung" vom 2. d. Mts., worin dieser Angriff enthalten und von einem „sonst wenig bekannten Halleschen Professor (Heiterkeit), der die Schrift Thümmels theologische Zänkerei genannt habe", die Rede ist. Abg. v. Eynern habe die Aeußerung, „in dem fraglichen Urtheil seien die Gefühle der Katholiken nicht gebührend berücksichtigt worden" aufgebauscht.

Abg. **v. Eynern** (nat.-lib.) bemerkt, es müsse dem Grafen Zedlitz doch bedenklich zu Muthe werden bei den Lobeserhebungen aus dem Centrum und er werde vielleicht demnach seine Ansicht über das Schulgesetz geändert haben. Herr v. Eynatten habe hin und wieder, mit milden Worten ausgedrückt, Unsinn geredet. (Vizepräsident Freiherr **v. Heereman**: Wenn Sie auch den Ausdruck mild hinzugefügt haben, so ist doch der Ausdruck Unsinn gegenüber einem Abgeordneten angewendet, unzulässig.) — Die Aussichten der Katholiken seien günstig wie folgende Anekdote illustrire: Neulich hätten drei Assessoren zusammengesessen und sich über ihre Anstellungsaussichten unterhalten: der Eine habe gesagt, er müsse in drei, der Andere, er müsse in fünf Jahren befördert werden. Der Dritte habe aber geäußert: „Na Kinder, ich werde Euch alle überspringen, denn ich bin Katholik." Die „Westdeutsche Zeitung" sei ein konservatives Blatt, das erkläre den Angriff gegen Professor Friedberg. Es sei aber bemerkenswerth, daß die Konservativen kein Wort der Vertheidigung für Thümmel gehabt hätten. (Beifall links.)

Abg. **Danzenberg** (Ctr.) polemisirt gegen die Aeußerung des Abg. Langerhans betr. die konfessionslose Volksschule, die sich auf Frankreich bezogen habe. Die französischen Vertreter dieser Forderung seien die berüchtigten Panamisten. Das Centrum wolle dem Staat das ihm gebührende Recht auf die Volksschule nicht schmälern. Fürst Bismarck habe 1887 anerkannt, daß vor 1871 die Katholiken die Rechte, die sie jetzt erstrebten, besessen hätten und daß sich Mißstände dabei nicht gezeigt hätten. Redner geht noch einmal auf das Vermögensverwaltungsgesetz ein, das einen exceptionellen Apparat erfordere, und verwahrt seine Partei dagegen, daß sie gegenüber den Mißständen dieses Gesetzes die Initiative ergreife. Dieser Weg sei nicht gangbar.

Minister Dr. **Bosse** tritt dem Vorredner entgegen. Wo aktuelle Fälle im Volksschulunterrichte vorgelegen hätten, sei mit den Bischöfen verhandelt worden. Man würde im vollen Frieden leben, wenn das Centrum nicht aus prinzipiellen Gründen immer wieder dem Staate den Krieg an den Hals würfe. (Beifall.) Das frühere Gesetz über die Vermögensverwaltung habe dieselben Klauseln gehabt und das jetzige Gesetz funktionire ausgezeichnet. (Rufe im Centrum: Nein! Beifall links.) Die Ueberzeugung, daß das Gesetz irgend einer Kategorie von Staatsbürgern schädlich sei, habe der Minister nicht, deshalb könne er auch nicht die Initiative ergreifen. (Beifall links.)

Abg. **Stöcker** (wild) führt aus, daß er das Mittelpartei-System für schädlich halte. Dies System habe das Schulgesetz zu Falle gebracht und habe sich in seiner ganzen Gefährlichkeit gezeigt. Von dem Sturm gegen das Gesetz müsse man sagen: es war wirklich nichts dahinter. Man habe eine konfessionelle Volksschule, aber man müsse sie gesetzlich festlegen. Die Kirche wäre nach dem Zedlitz'schen Entwurfe grundsätzlich betheiligt gewesen. Eine einseitige Herrschaft würde auch nach diesem Entwurf die Kirche nicht gehabt haben. Wenn in einem Staate wie Baden, wo die Kirche viel weniger Rechte hat, sich ein Sturm gegen das Volksschulgesetz erhoben habe, so sei dies gegen die politische Logik. Wenn im Reichstage, der nach ganz anderen Grundsätzen zusammengesetzt sei, derartige Fragen, wie wie Religion behandelt würden, dann würde die Partei Rickerts — die ohnehin nicht viel zu bedeuten habe — noch mehr verschwinden. (Widerspruch links.) Die Umsturzbewegungen durchdrängen in Deutschland langsam alle Schichten, wie die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen beweise, und das mache sie gefährlicher als in anderen Ländern, und dagegen sollte das Schulgesetz ankämpfen. Der § 166 sei zu wenig wirksam für die evangelische Kirche, die im Sinne des Gesetzes zu wenig „Einrichtungen" habe. (Beifall rechts.)

Abg. **Schröder** (Pole) bestreitet die Staatsgefährlichkeit der Polen. Die Umsturzbestrebungen mußten dazu führen, schon die Kinder durch Religionsunterricht dagegen zu festigen; das könne aber nicht geschehen, wenn sie nicht in polnischer Sprache diesen Unterricht erhielten. Mißtrauen und Haß werde durch die gegenwärtige Politik erzeugt. Man trete in die Fußtapfen Flottwells, aber dieser sei nur ein Zwerg gegen den Riesen Bosse. Das Häuflein Polen könne doch nicht dem Deutschen Reich gefährlich werden. Die den Polen vorgeworfenen Agitationen und Aspirationen bewegten sich auf loyalem Boden. (Beifall bei den Polen.)

Abg. **Sattler** (nl.) wendet sich gegen den Abg. Stöcker. Gerade 1887 habe das Mittelpartei-System einspringen müssen zur Förderung Deutschlands in militärischer und finanzpolitischer Hinsicht. In Frankreich seien viel mehr Sozialdemokraten als bei uns. Die sozialdemokratischen Stimmen in Deutschland rührten zu einem großen Theile von Mitläufern her, wie Bebel selbst anerkannt habe. Viele Elemente der Sozialdemokratie seien früher unter Stöcker's Fahnen marschirt. Es sei nicht gut gewesen, daß der Zankapfel des Schulgesetzes unter die Parteien geworfen sei. Eine zweckbewußte ruhige Regierung lasse sich nicht von Majoritäten von Fall zu Fall leiten. Gerade die Polen seien den Deutschen für den Kulturzustand Posens zu Dank verpflichtet. Wenn Angriffe gegen den polnischen Erzbischof eine Majestätsbeleidigung wäre, wie ein polnischer Redner gelegentlich behauptet habe, weil er vom Könige ernannt sei, dann hätte sich der Erzbischof v. Stablewski vieler Majestätsbeleidigungen schuldig gemacht, wegen seiner wüthenden Angriffe gegen den Minister Bosse.

Abg. **Dasbach** (Ctr.) wirft den Nationalliberalen vor, daß sie vielfach in der Wahlbewegung die Sozialdemokratie unterstützt hätten. In dem Artikel der „K. Z." sei gedroht worden mit der Rückkehr zu der Gesinnung, von der die „Vernunftmonarchisten" ausgegangen seien. Das habe Redner getadelt, nicht die politische Entwickelung dieser Leute. Redner kommt noch einmal auf die Darstellung der Beschlüsse des Würzburger Katholikentages zurück, wie sie in Schultes Geschichtskalender gegeben sei, und bemängelt die Objektivität dieses Kalenders, der in einem anderen Jahrgange fälschlicherweise dem Syllabus nachsage, derselbe verdammte alle Erfindungen der Neuzeit als Werke des Teufels. Die Inquisition habe nicht die Schandthat begangen, die ihr nachgejagt wurden (Heiterkeit.) In Rom sei kein Ketzer und keine Hexe jemals verbrannt worden. (Heiterkeit.) Der Falk'sche Erlaß brauche, obwohl er ein schlechtes Gesetz sei, nicht immer Mißstände im Gefolge zu haben. Doch müsse derselbe beseitigt werden.

Abg. **v. Gilgenheimb** (Hosp. d. Kons.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Wolczik. Die Agitation sei in Oberschlesien durch die polnische Presse von außen her ins Land getragen worden. Niemand denke daran, den Polen die Muttersprache zu rauben, man wolle nur, daß der Oberschlesier deutsch lerne. Die Fortschritte seien in dieser Beziehung erfreulich. Die Zahl der deutsch sprechenden Rekruten aus Oberschlesien weise eine Zunahme auf.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Friedberg**, der vom Abg. Dasbach citirte Artikel der „Westdeutschen Zeitung" sei ihm bekannt gewesen und rühre von Pastor Thümmel selbst her. Gegenüber solchen ordinären Schmähungen müsse man sagen: „Niedriger hängen!"

Abg. **Motty** verbittet sich den arroganten Ton, den Abg. Sattler gegen ihn angeschlagen habe, bei einem gelegentlichen Vergleich mit dem Abg. v. Jazdzewski.

Vicepräsident Frh. **v. Heerman** erklärt diese Wendung für unparlamentarisch.

Abg. **Sattler** entgegnet dem Abg. Motty, er habe dem Abg. v. Jazdzewski Scharfsinn zugeschrieben und er verstehe nicht, weshalb Abg. Motty sich den Vergleich verbitte. (Heiterkeit.) Derselbe scheine keinen Spaß zu verstehen. Redner will keine Uneinigkeit zwischen den Herren stiften und möchte sie bitten, ihn zu einem eventuellen Versöhnungsfest einzuladen.

Abg. **v. Jazdzewski** bemerkt dem Vorredner, er möchte ihn rathen, sich von einem derartigen Versöhnungsmahl lieber fernzuhalten. (Große Heiterkeit.)

Der Titel „Ministergehalt" wird bewilligt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Graf **Limburg-Stirum**, es scheine angezeigt, zur rechtzeitigen Erledigung des Etats künftig Abendsitzungen abzuhalten (Widerspruch.)

Abg. **v. Eynern** widerspricht diesem Vorschlage.

Vicepräsident Frhr. **v. Heereman** erklärt, die Drohung mit Abendsitzungen scheine vorläufig zu genügen. (Heiterkeit.)

Hierauf wird die Fortsetzung der Debatte auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. — Schluß 4 Uhr.

Berliner Börse vom 3. März.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Diskonto

Berlin Wechsel 3, Lomb. 3½ u. 4 Amsterdam 3. Brüssel 2½. Petersburg 5½. Wien 4. London 2. Paris 2.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	— —
Berliner Stadt-Obl.	3½	101,70bzG
do. do. 1892	3½	103,60bzG
Magdeburger St.-Anl.	3½	— —
do. do. neue	4	
Westpr. Prov.-Anl.	3½	102,75G
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	105,60bzG
Bairische Anleihe	4	105,70G
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	105,10bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	141,75bzG
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	135,90B
Meininger 7 fl.-Loose	—	23,30G
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	131,90bz

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl. 5%	—	59.3 bzG
do. innere do. 4½%	—	50,80bz
Barletta 100 Lire-Loose	—	24,80bz
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	100,50bzB
do. do. 1888	5	100,50bzB
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	94,25B
Egyptische priv. Anl.	3½	— —
do. do. do.	4	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	27,75G
Griech. Anl. 1881—84	—	— —
do. kons. Goldrente	—	27,25bz
do. Monopol-Anl.	—	— —
do. Gd.-Anl. v. 1890	5	— —
Mailänd. 10 Lire-Loose	—	13,50bz
Mexikauer Anl. à 100.	6	94,10G
do. à 20.	6	94,90B
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose.	5	152,30bz
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	102,50bz
Russ. Gold-R. 1884, 88	5	— —
Russ. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	102,70G
do. Boden-Kredit	5	120,60bzB
do. do. gar.	4½	104,60bz
Russ. Präm.-Anl. 1864.	5	194,00B
do. do. 1866.	5	176,00B
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	101,10bz
do. do. 1890	3½	— —
do. Hyp.-Pfdbr. 1879	4½	— —
do. do. 1878	4	105,20bzG
Spanische Exterieurs.	4	60,70bz
Türkische Anleihe	1	— —
do. Admiaist.	5	92,40bz
do. 400 Frcs.-Loose	—	114,40bz
Ungarische Gold I.-A.	4½	104,40bzG

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	213,80bzG
Admiralsgarten-Bad	4	81,60bzG
Anhalter Maschinen	0	29,75bz
Annaburger Steingut.	—	174,50bzG
Archimedes	4¼	105,25G
Bauges. Berl. Charlbg.	7,8	556,00G
do. B.-Wilmersd. T.-G.	26	712,00G
Bazar	10	306,00bzG
Braunschweiger Jute	12	174,25bz
Berl.-Anh. Maschinen	6	136,00bzB
Berliner Bockbrauerei	8	191,10bzB
do Brauerei Königst	6	143,40bz
do. Union Gratweil	5½	132,00bzG
Brsl. Eisenb. W., Linke	8⅓	189,75bz
Breslauer Oelwerke	3⅓	95,00B
Butzke, Metallindustr.	4	145,00bzG
Charlottb. Wasserwerk	9	217,50B
Chem. Fabr. Schering	15	242,40bz
Chemn. Masch. Zimm.	3	121,00bzB
Dessauer Gas	10	201,50G
Egestorff-Salzwerke	8	145,00bz
Elberfeld. Farbenfabr.	18	313,40B
Erdmannsdorf. Spinn.	0	91,25bz
Freund Masch. konv.	13	244,25G
Harburg-Wien Gummi	22	330,75bzG
Harkort St.-Pr. konv.	1½	90,50bzG
do. Brückenb. konv.	7½	132,25G
do. do. St.-Pr.	8½	152,00bzG
Hirschberger Masch.	8	133,00G
Keyling & Th. Eiseng.	4	115,00bzG
Kurfürstendamm-Ges.	—	[illegible]
La Veloce, Ital. D.	0	80,75bzG
Ludw. Löwe & Co.	20	342,50bzG
Mälzerei Wrede	4½	91,60G
Magdeburger Baubank	2	68,75G
Magdeb. Pferdebahn	6	182,00B
Neuroder Kunstanstalt	5½	110,50bzG
Nordd. Eiswerke	4	76,50bzG
Omnibus-Gesellschaft	12	247,25G
Oppeln. Portl.-Cem.	7½	128,50bzB
Passage	4	95,25G
Pferdebahn, Breslauer	8	181,00bzB
Saline Salzungen	7	106,00G
Sangerhäuser Masch.	22½	— —
Schäffer u. Walcker	2	108,50bzG
Schlesische Cement	10½	175,00G
Schwartzkopff	13⅓	263,25bz
Siemens. Glas-Industr.	11	188,75G
Stettiner Cham. Didier	15	229,0[illegible] bzG

Sudenburg. Maschin.	10	195,00G
Thüringer Salinen	5½	83,00G
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	13	203,60G
Westf. Draht-Industrie	8	136,25bzG
do. Union konv.	1	— —
do. 6% St.-Pr.	7	154,50bzG
Wittener Guss	6½	147,90bz
Wilhelmshütte	1½	59,70bz
Zuckerfabr. Fraustadt	0	118,00bzG

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig.

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —
Saalbahn	3½	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	65,75bz
Dortmund-Gronau-E.	4	— —
Marienb.-Mlawkaw.	4	125,00bzG
Ostpreuss. Südbahn.	4	119,80bzB

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	50,00bzG
do. Mittelmeerb. stfr.	4	92,30bz
Lemberg-Czernowitz.	4	98,90bzG
Oest.-Frz. Staatsb., alte	3	94,50bz
do. Ergänzungsn.	3	94,30G
do. Gold-Pr.	4	104,00G
Oesterr. Lokalbahn	4	102,50B
do. Nordwestbahn	5	111,90bzG
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	70,60bz
do. Obligationen	5	110,90bzB
Ungar. Nordostbahn	5	— —
do. do. Gold-O.	4½	105,70bz
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	102,30G
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	104,30bzG
Kosl.-Woronesch Obl.	4	101,60bz
K.-Chark.-Asow (Obl.)	4	100 20G
Kursk-Kiew	4	101,10G
Mosco-Kursk	4	97,80B
Mosco-Rjäsan	4	101,75bz
Mosco-Smolensk	5	103,00bzG
Rjäsan-Koslow	4	100,70bz
Rjaschk-Morczansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	5	— —
Russ. Südwestbahn	4	102,20bz
Transkaukasische	3	— —
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	102,40bzG
Wladikawkas Oblig.	4	102,10bzG
Manitoba rz. 1933	4½	102,50bzG
Northern-Pac. I. b. 1921	6	114,00bzG
do. II. „ 1933	6	109,00G
do. III. rz. 1937	6	— —
do.	5	42,50bzG
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	106,10bzG
do. do. do.	5	94,30bzG
Central-Pacific	5	90,50G
Anatolische	5	88,80bzG
Portug. Eisenb.-O. 1886	3	68,60bzB
do. 1889	3½	37,80bz
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	— —
do. Lit. B.	5	— —

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	2½	89,10G
Altenburg-Zeitz	10,8	— —
Buschtiehrader B.	10¾	— —
Halberst.-Blankenb.	5½	129,00bz
Ital. Meridional-Eb.	6 3/5	115,00bz
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	98,75bzG
Ludwigshaf.-Bexbach	10	241,50bz
Saalbahn	⅔	— —
Weimar-Gera	0	— —
Werrabahn	2,1	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	8	— —
do. Westbahn	8	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	— —
Graz-Köflach	5	— —
Kaschau-Oderberg	4	— —
Kronpr. R. St. Sch.	4	99,80G
Lemberg-Czernowitz	7½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5½	— —
do. B. Elbethalb.	5¾	— —
Südösterreich (Lomb.)	⅘	42,60bz
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	9⅜	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	19⅝	277,25bz
Canada-Pacific	2½	51,50bz
Gotthardbahn	7,4	172,00bz
Ital. Meridionaux	6 3/5	115,00bz
do. Mittelmeerbahn	5	87,20bz
do. do. stfr.	5	86,50bz
Lüttich-Limburg	⅘	42,0 bzG
Luxemb. Pr. Hnr.	4	71,0 bzG
Schweiz. Centralbahn	5½	131,60bz
do. Nordostbahn	6	130,10bzG
do. Unionbahn	4	90,75bz

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	101,90G
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	105,50bzB
do. V. rz. 100	3½	100,50G
do. VII. unkb. b. 1903	4	104,60G
Deuts. Grundsch. Obl.	4	101,20bzG
do. do. V./VI.	4	105,00bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfddr.	4	102,00bzB
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,60bz
do. unkdb. bis 1900	4	103,50bz
do. alte Ser. 1-45	3½	100,30bz
do. S. 46-105, uk. 1905	3½	101,50bzG
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	100,20G
do. ab 1. 1. 98 3½%	4	101,20bzG
do. II. unkdb. bis 1900	4	103,70bzG
do	3½	101,30bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	137,30G
Nordd. Gr.-Cred. Pfdb.	4	100,20bzG
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	104,00bzG
Ostpreussische	3½	100,50G
Pom. Hyp. III. IV. neue	4	100,00G
do. V. VI. b. 1900 unk.	4	103,40bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	105,50G
Posensche	4	101,90B
P. B.-C.-Pfd. I. II rz. 110	5	116,50G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	109,00G
do. XIII. rz. 100	4	104,25G
Pr. Centrb.-Pfdb. rz. 106	4	100,00bzB
do. do. 1900	4	104,40bzG
do. do.	3½	101,30bzG
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII.	4	101,60bzG
do. do. XV-XVIII.	4	103,90bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G.-Cert.	4	100,00bzG
do. do. 1905	4	104,50bzG
do. do. Cert.	3½	100,00B
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	101,40bzG
do. do. Kleinb.-Obl. unk. b. 1904	3½	102,25G
Sächsische	4	104,60G
do.	3½	102,30bz
Rentenbr. Westpr. ritt. I. I. B.	3½	100,40G
Rentenbr. Pommersche	4	105,70bz
Rentenbr. Posensche	4	105,70bz
Rentenbr. Preussische	4	105,70bz
Rentenbr. Sächsische	4	105,70bz
Rentenbr. Schlesische	4	105,70bz

Bergwerks u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	0	136,80bzG
Arenberger Bergwerk	35	579,50bzB
Baroper Walzwerk	0	75,90bzB
Berzelius	5	120,00bzG
Bismarckhütte	8	196,25bzG
Bonifacius Bergwerk	0	107,80G
Concordia Bergwerk	5½	144,00bzG
Consolidat. Bergw.-G.	8	208,00G
Consol. Marie	0	64,00bzG
Duxer Kohlen kon.	12	180,75bz
Eschweiler Bergwerk	8	1[illegible]7,75bzG
Gelsenkirch. Gussstahl	2	89,25bzG
Georg-Marien-St.-A.	0	86,60bzG
do. St.-Pr	4	110,00bzG
Harzer Eisenw. konv.	0	37,00bzG
do. do St.-Pr.	0	41,00G

Hugo Bergwerk	7	153,20bz
Inowrazl., Steinsalzb.	1¾	57,50G
Kattowitzer	8	156,75bzG
Königin-Marienhütte	0	62,75bzG
König Wilhelm konv.	5	— —
do. St. Pr.	10	— —
Leopoldsgr. Edderitz	5½	109,00bzG
Luise Tiefbau konv.	0	59,00bz
do. do. St.-Pr.	0	98,50G
Magdeburg. Bergwerk	13⅓	334,25G
Marienhütte Kotzenau	2½	74,50bzG
Menden & Schwerte kv.	0	49,75bzG
do. St.-Pr.	0	80,75bzG
Rheinische Stahl Lit. C.	10	186,75bz
Schlesisch. Zinkhütten	12	197,25B
Stadtberger Hütte	3½	112,00G
Wurm-Revier	4	97,10bzG

Oblig. v. Industr.- u. Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	102,40G
Aschersleb. Kaliwerke	5	— —
Bochumer Gussstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	109,25G
Dortmunder Union	5	111,25G
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II.	3½	101,00bzG
Hamb. Packetfahrt	4	— —
Laurahütte	4½	98,60bzB
Naphta-Obligationen	6	— —
Norddeutscher Lloyd	4	102,00bzG
Oberschl. Eisen-Ind.	4	100,20G
v. Tiele-Winkler	4	100,00G
Zoologischer Garten	5	102,90bzG

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	4	128,25G
Berg.-Märk. B. i. Elbf.	7	146,25bzG
Berliner Bank	6	116,00bzG
Börsen-Handelsverein	0	115,00G
Bremer Bank Markst.	4	— —
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	4	98,00B
Cöln W. u. Komm.	5	104,60G
Danziger Privatbank	7	— —
Dessauer Landesbank	7½	— —
Deutsche Grundschuld	7	134,50bzG
do. Effekt.-B. (Hahn)	5	119,25bz
do. Hypothekenbank	7	127,60G
Dresdener Bankverein	6	118,25bzG
Essener Kredit	7	144,50bzG
Gothaer Privatbank	5⅔	121,00bzG
do. Grundkreditb.	4	124,00B
do. do junge	4	112,25G
Hamburg. Hypoth.-B.	8	161,50bzG
Hamb. Com. u. Disk.-B	6	129,40G
Königsberg Vereinsb	5	106,40G
Leipziger Bank	7½	150,90bzG
Lübecker Kommerzb.	6	— —
Magdeburger Privatb.	5½	109,80G
Nordd. Grund-Kredit	5	110,40bzG
Nordd. Bank-Aktien	4½	— —
Pr. Hyp.-B. (Spielh.)	6½	136,25bzG
Preuss. Pfandbr.-Bk.	6	131,50bzB
Realkredit-Bank	0	12,50bzB

Leipziger Börse, 3. März.

Zf.		M.		Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.	5000 4000	99,00bz	4	Mansf. Gew. 1882	500	102,00bz
3	do.	1000	99,00bz	4½	do. 1879		102,00bz
3	do.	500	99,10G	4	do. Em. 1875		102,00bz
		Thlr.		4	Lpz. Stadtobl. 1884		105,25G
3%	Staatsanl. 1855.	100	99,25G	4½	do. 1876		105,25G
3½	do. 67 kv. 4%	500	104,00G	3½	Altb. Landoblig.	1000	103,7[illegible]G
3½	Landrentenbr.	500	101,00G	3½	do. do.	5000	103,7[illegible]G

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.	
15	Aussig-Tepl. 500 fl	338,[illegible]0
8	Böhm. Westb. 5%	215,5 G
11.14	Buschtiehrad. Lit. A	281,75G
10¾	do. do B	273,00G
10 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	111,40B
5	Graz-Köflach.	138,50G
2	Marienburg-Mlawka	82,50G

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.	
5	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
5	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	123,25G

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.	
11	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	206,60bzG
8	Dresdener Bank	157,00B
5⅓	Gothaer Privatb.	121,25B
7½	Leipziger Bank	151,20bzG
4¾	Sächs. Bank	122,00B
5	Zwickauer	105,75G

Div.	Ind.-Aktien, Pr. und Stamm-Prior.	
3	Chemn. Werkz.-M.-Fabr. (Zimmerm.)	122,00B
10	Cröllw. Papierfabr.	197,00B
—	4% do. Schldvschr	102,50G
2	Dörstewitz-Rattm.	57,70B
2	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	84,00G
4½	Geraer Jutesp. u. W.	104,75B
5	Germania (Schw. & Sohn)	161,00B
0	Hallesche Str.-B.	92,00G
3½	Kette Elbs.-G.-Akt.	83,00B
0	Körbisd. Zuckerfb.	121,25G

Div.		
5	Leipz. Baubank	103,00G
—	do Elektr.-Werke	124,00G
—	do. elektr. Strassb.	149,75bzG
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	205,50bz
7	Lpz. Kammgarnsp.	215,00B
7	do. Malzf. Schkeud.	156,00G
0	Mansfelder Kuxe	440,00G
8	Sächs. Kamm.-Sp. (Solbrig)	119,75G
8	Sächs. Masch.-Fabr. (Hartmann)	180,00B
16	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	288,00G
10	Thür. Gasges. Lpz.	194,00bzG
10	do. Stamm-Pr.	194,50G
6	S.-Thür. Br.-V. St.	123,00G
6	do. St.-Prior.	130,00G
5	Zeitzer Par. u. S.-A.	93,75B
—	do. do. Oblig.	106,50G
4½	Zuckerfab. Glauzig	114,00B
6½	Zuckerraff. Halle	137,00G

%	Ausl. Eisenb.-P.-Obl.	
4	Aussig-Teplitzer	102,50bz
5	Böhm. Nordbahn	108,50G
4	do. do. Gold	102,70G
5	Buschtihr. (B Wdw.	109,60G
5	do. Em. 1871	109,60G
5	do. do. 1872	109,60G
4½	do. Gold	104,75B
5	Dux-Bodenbach	106,75G
5	do. Em. 1871	106,60G
5	do. do. 1874	— —
4½	Graz-Köflacher	101,00B
5	do. Em. v. 1871 u. 72	103,75G
4	Kaschau-Oderberg	98,50G
4	Prag-Dux Gold	101,20B
5	do. Gold	115,25G
5	Prag-Turnau	— —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960304028/fragment/page=0002